

Die Schweiz im Jahre 1921

Autor(en): **Junker, Beat**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **50 (1970-1971)**

Heft 12: **Das Jahr 1921 : 50 Jahre "Schweizer Monatshefte"**

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-162534>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

und die Veränderung der politischen Grenzen, vor allem aber die gegenseitige internationale Verschuldung waren die Ursache dafür, dass eine prosperierende und funktionierende Weltwirtschaft nicht mehr und schon gar nicht in den ersten Jahren nach dem Friedensschluss in Gang kam.

Vieles Einzelne war noch zu regeln. Konferenz folgte auf Konferenz. Völkerbundsrat und Völkerbundsversammlung traten regelmässig zusammen, bemüht, eine Prozedur festzulegen, die die Weltorganisation funktions-tüchtig machte, bemüht, und in einigen Fällen erfolgreich, kleinere Konflikte wie die Frage der Aaland-Inseln, des Memellandes und der albanischen Grenzen zu schlichten. 1921 war in Europa kein Krieg zu befürchten. Nur hinten, weit in der Türkei, schlugen die Völker aufeinander, doch der Europäer konnte Friede und Friedenszeiten noch nicht segnen. Der Alltag des Friedens war für Millionen Menschen grau. Wenn man ihnen gesagt hätte, dass dereinst die zwanziger Jahre golden genannt würden, so hätten sie den Kopf geschüttelt. Sie waren es ja auch für die wenigsten. Der Silberstreifen am Horizont war das meiste, was sie erwarten konnten. Sie mussten froh sein, wenn sie ihn sahen. Die Politiker lebten in ihrer Staatskunst nicht weniger von der Hand in den Mund, als der Mann auf der Strasse es tatsächlich tat. Zwar beruhigte sich die Welt etwas in den nächsten Jahren. Es schien möglich, Fortschritte in dieser Friedensordnung zu machen. Bis zehn Jahre nach dem Friedensschluss die Wirtschaft aus den kümmerlichen Fugen geriet und nachher die politische Probe kam, der die Welt nach der Ordnung von Versailles nicht standhielt, weil die Mächte, die sie geschaffen hatten, sie nicht für verteidigungswürdig hielten, nicht halten konnten.

Die Schweiz im Jahre 1921

BEAT JUNKER

Der Blick zurück: verwirrende Vielfalt – fragwürdige Optik

Wer die Schweiz vor fünfzig Jahren schildern will, begegnet Schwierigkeiten, die jedem Erforscher der Zeitgeschichte vertraut sind: Er erschliesst nur mühsam intimere, private Quellen neben den überreichlich fliessenden öffentlichen und überblickt die Geschehnisse noch nicht genügend, um sie alle sinnvoll zu gliedern und in grössere Zusammenhänge einzuordnen. Darüber hinaus aber will es ihm nicht recht gelingen, im Leben des Schwei-

zervolkes zu Anfang der zwanziger Jahre eine innere Einheit zu erkennen. Vielmehr scheint es, als gehöre just die Vielfalt der Gegensätze und die Widersprüchlichkeit der Meinungen zum Charakteristischen jener Übergangsperiode zwischen Kriegs- und Krisen- oder Klassenkampfzeit. Waffenruhe und Friedensschluss bedeuteten für die einen die ersehnte Rückkehr zum altvertrauten, gutbürgerlichen Leben, für andere jedoch gerade die Möglichkeit, aus dieser Bürgerlichkeit auszubrechen und neuen Idealen oder Lebensweisen zu huldigen. Auch in der Politik blieben manche Schweizer geprägt durch Vorstellungen und Haltungen aus der Zeit des Weltkrieges und des Nationalismus: Für sie verlief die Front immer noch dem Graben zwischen deutschem und französischem Wesen entlang, während andere nur noch den Gegensatz zwischen Bürgertum und Sozialdemokratie gelten lassen wollten, der ja bereits im Landesstreik aufgebrochen war und welcher tatsächlich den kommenden Jahrzehnten seinen Stempel aufdrückte.

Schon diese Buntheit macht es unmöglich, hier auf knappem Raum ein vollständiges und getreues Bild der Eidgenossenschaft im Jahre 1921 mit all seinen Farben zu entwerfen. Das verbietet sich noch aus einem anderen Grunde: Selbst wer jene Zeit noch miterlebt hat, kann sich heute nicht mehr völlig in sein damaliges Fühlen und Denken zurückversetzen. Was im letzten halben Jahrhundert geschah, bestimmt heute als Anschauung und Erfahrung sein Urteil mit; 1921 aber war es für ihn noch ungewisse, verschleierte Zukunft ohne formende Kraft. Manches, was früheren Generationen bedeutsam erschien, hat unterdessen seine Eindringlichkeit verloren, und umgekehrt ist viel Wesentliches aus Keimen gewachsen, die seinerzeit kaum beachtet wurden.

Das sei kurz belegt mit einigen Beispielen aus dem biographischen Bereich: 1921 starben alt Bundesrat Ludwig Forrer, der Basler Jurist Andreas Heusler, der Berner Historiker Gustav Tobler und der Komponist Hans Huber. Mit ihnen wurden für den Zeitgenossen Grosse der Politik und des Kunst- und Geisteslebens zu Grabe getragen; heute indessen kennt die jüngere Generation ihre Namen kaum mehr. Wie aber hätte man damals wissen können, dass unter den zahlreichen auf Jahresende beförderten Offizieren der frischgebackene Oberst Henri Guisan aus Lausanne der nächste General der Schweizer Armee sei? Dass von den Doktoranden, welche 1921 ihre Dissertation publizierten, der Basler Biologe Adolf Portmann zu europäischem Ruf aufsteigen sollte? Und erst recht, dass der am 5. Januar 1921 geborene Sohn Friedrich des Konolfinger Pfarrers Reinhold Dürrenmatt als Dramatiker Erfolg und Ruhm weit über den deutschen Sprachbereich hinaus ernten werde?

Die Optik von Mit- und Nachwelt lässt sich nie völlig zur Deckung bringen. Selbst wenn Autor und Leser von 1971 mit viel Einfühlungsgabe

und Unvoreingenommenheit zu Werke gehen, werden sie für 1921 nie im letzten erfassen, «wie es gewesen ist». In diesem Sinne bleibt unsere Darstellung ein Versuch.

Die Schweiz in einer veränderten Umwelt

Mit dem Kriegsende änderte sich mindestens im Norden und Osten unseres Landes die staatliche Nachbarschaft von Grund auf: Das Elsass kehrte zu Frankreich zurück, das wilhelminische Kaiserreich verwandelte sich in die Weimarer Republik, die ihre demokratischen Gehversuche wagte, und von der Donaumonarchie blieb an unseren Grenzen nur ein ebenfalls republikanisches und föderatives Rumpfbild übrig, welches seinerseits gegen viele Anfangsschwierigkeiten kämpfte. Wie diese neuen Umweltverhältnisse, so ging auch der Völkerbund auf den Versailler Vertrag zurück. Die Schweiz arbeitete an den Genfer Tagungen unter der Führung des Chefs des Politischen Departementes, Bundesrat Giuseppe Motta, eifrig mit, obwohl von der gewaltigen Abstimmungsschlacht vom 16. Mai 1920 um den Beitritt noch nicht alle Wunden vernarbt waren. Mancher der damals Unterlegenen lauerte nun auf Blößen und erste Missgriffe der jungen Organisation. Um in dieser Hinsicht jeden bösen Schein zu meiden, aber auch aus grundsätzlichen Überlegungen der Neutralitätspolitik, wies die Landesregierung 1921 das Gesuch ab, es sei Völkerbundstruppen der Durchzug durch schweizerisches Territorium zu gestatten, damit sie zur Überwachung einer Volksabstimmung in das polnisch-litauische Grenzgebiet von Wilna gelangen könnten.

Grössere Ungelegenheiten bereitete Exkaiser Karl von Habsburg, der zuerst in Prangins und dann in Hertenstein Aufnahme gefunden und das Versprechen gegeben hatte, sich der politischen Aktivität zu enthalten. Trotzdem begab er sich an Ostern und im Herbst 1921 auf abenteuerliche Weise nach Ungarn, um dort seine Getreuen um sich zu scharen und von der alten Donaumonarchie wenigstens die Stefanskronen zu retten. Beide Anläufe scheiterten kläglich und wirkten schliesslich eher als groteske Komödie statt als ernsthafte Staatsstreichversuche. Ihr Urheber, dem man im Frühjahr noch Nachsicht gewährt hatte, verwirkte nun durch den Rückfall im Oktober das Asyl in der Eidgenossenschaft endgültig.

Unwillen erregten in der Schweiz naturgemäss auch jene Stimmen, welche das Tessin als Irredenta für den südlichen Nachbarstaat reklamierten. Solche Töne schlug zuerst der Dichter Gabriele d'Annunzio an, dann auch Benito Mussolini, der freilich 1921, also ein Jahr vor dem «Marsch auf Rom», noch als Kammerabgeordneter sprach und nicht als Duce und Staatslenker.

Das Verhältnis zum Ausland berührte jedoch nicht bloss die grosse

Politik und die Regierungen, sondern auch den Mann von der Strasse. Er hatte angesichts der Nachkriegsnot spontan geholfen. Nun konnten die Liebspaketsendungen nach Österreich allmählich eingestellt werden, und schon wick da und dort Dankbarkeit und elementare Gebefreudigkeit einer prickelnden Sensationslust: Die «Basler Nachrichten» offerierten für 137 Franken eine zweitägige Fahrt mit Eisenbahn und Automobil zu den Schlachtfeldern von Metz und Verdun, die sie unter anderem mit folgenden Schlagzeilen anpriesen:

«Sie besuchen das Ossuaire (Beinhaus) von Thiaumont, wo die Überreste der nicht agnoszierten Gefallenen fortwährend eingeliefert und aufbewahrt werden.

Sie besuchen die Tranchée des Bajonettes oder des Ensévelis, der lebendig Verschütteten, deren Gewehrläufe und Bajonette noch zum Boden herausragen.

Sie erhalten im besten Hotel von Verdun ein Mittagessen mit Wein und Kaffee, Trinkgeld inbegriffen.» War schon vergessen oder gar nie angenommen worden, was der Mahner Carl Spitteler 1914 in seiner Rede über den Schweizer Standpunkt der Nation zugerufen hatte: «Wohlan, füllen wir angesichts dieser Unsumme von internationalem Leid unsere Herzen mit schweigender Ergriffenheit und unsere Seelen mit Andacht, und vor allem nehmen wir den Hut ab.»

Die Landesregierung: heterogen, aber stabil

Nie vor- und nachher erfuhr der an sich schon stabile schweizerische Bundesrat so wenige Mutationen wie in den zwanziger Jahren, blieb er doch fast ein Jahrzehnt lang unverändert, nämlich vom Februar 1920 bis zum Januar 1929. Allerdings war er kurz vor oder nach Kriegsende zum grössten Teil erneuert worden und 1921 also noch «en rodage». Zu den Routiniers durfte man einzig Giuseppe Motta (gewählt 1911) und Edmund Schulthess (gewählt 1912) rechnen. Dabei hatte sich auch der Tessiner eben erst in eine neue Materie eingearbeitet; denn er brach mit der Tradition, dass der jeweilige Bundespräsident das Politische Departement führe und kehrte 1921 nach seinem Präsidialjahr nicht zu den Finanzen zurück, sondern blieb bis zu seinem Tod im Jahre 1940 beim «Äusseren». So leitete er für die internationalen Beziehungen der Eidgenossenschaft die «Ära Motta» ein. Der Aargauer Schulthess, ein ehemaliger Industrieanwalt, stand während seiner ganzen Bundesratszeit dem Volkswirtschaftsdepartement vor. Hier wartete ihm die Aufgabe, zuerst die Kriegs- und anschliessend die Krisenwirtschaft zu meistern und gleichzeitig die sozialen Einrichtungen zu verbessern, deren Mängel Aktivdienst und Generalstreik unbarmherzig aufgedeckt hatten.

Wie Schulthess war auch der Thurgauer Heinz Häberlin 1868 geboren,

doch zog er erst 1920 in die Landesregierung ein, wo er das Justiz- und Polizeidepartement übernahm. Er wollte vor allem die Staatsschutzvorschriften verschärfen, fand aber dafür wenig Verständnis bei der Stimmbürgerschaft.

Der Zürcher Robert Haab krönte 1918 mit dem Aufstieg zum Bundesrat eine stufenreiche Karriere, hatte er doch schon seiner engeren Heimat als Gemeindepräsident, Oberrichter und Regierungsrat gedient, bevor er unser Land als Gesandter in Berlin vertrat. Als ehemaliger Generaldirektor der SBB war er der gegebene Mann für die Spitze des Post- und Eisenbahndepartements (wie das heutige Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement damals noch hiess).

Dem Berner Karl Scheurer und dem Waadtländer Ernest Chuard waren neben dem Wahljahr 1919 auch die innere Nähe zu Landwirtschaft und bäuerlichem Wesen gemeinsam. Beide nahmen übrigens ihr hohes Amt nur widerstrebend an, nachdem in der parteiinternen Vorauslese oder im Wahlgang selber Kandidaten ausgeschieden waren, die ursprünglich als aussichtsreicher gegolten hatten. Chuard – als Naturwissenschaftler der einzige Nichtjurist unter den sieben Bundesräten des Jahres 1921 – sah sich im Departement des Innern vornehmlich mit Problemen der Mittel- und Hochschule konfrontiert. Scheurer fiel im Militärdepartement die undankbare Pflicht zu, gegen Wehrverdrossenheit und für eine kriegsgenügende Armee zu kämpfen, und dies in einer Zeit, da nicht bloss die eigentlichen Antimilitaristen meinten, die allgemeine Friedenssehnsucht und der Völkerbund würden bereits garantieren, dass nie wieder Krieg ausbreche.

Ebenfalls 1919 schliesslich wurden die Bundesfinanzen dem Freiburger Jean-Marie Musy anvertraut. Er fügte sich nicht immer leicht in die Kollegialbehörde ein, und zwischen ihm und Schulthess zeichneten sich bald Spannungen und Unverträglichkeiten ab. Seine Wahl verschob übrigens die parteipolitischen Gewichte in der Landesexekutive, standen doch fortan mit ihm und Motta zwei Katholisch-Konservative fünf Freisinnigen gegenüber (statt einer sechsen wie bisher). Bei dieser Konstellation blieb es bis 1929, als die Umstände und die Persönlichkeit Rudolf Mingers den Einzug der bernischen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei in den Bundesrat ermöglichten.

Der nach Temperament, Herkunft, Rüstigkeit und Amtserfahrung derart bunt zusammengewürfelte Bundesrat der zwanziger Jahre bildete begrifflicherweise öfters nicht eine Einheit, sondern ein recht heterogenes Gebilde. Übereinstimmung bestand darin, dass er sich nur mühsam vom Vollmachtenregime der Kriegszeit löste. Selbst als er 1921 die Beseitigung der ausserordentlichen Kompetenzen vorschlug, wünschte er weiterhin die Befugnis, Beschlüsse auf eigene Faust zu fassen und sie erst nachträglich durch das Parlament genehmigen zu lassen. Wenig Unterschiede gab es wohl auch

bei den Bergen neuer und unerledigter alter Schwierigkeiten, die sich beim Amtsantritt vor den frisch gewählten Departementschefs auftürmten. Diese wurden von ihrem Fachbereich derart absorbiert, dass sie im allgemeinen wenig Lust verspürten, sich auch noch die Lasten anderer Sparten aufzubürden. So bestimmten im Grunde doch weitgehend einzelne Steuerleute den Kurs der schweizerischen Politik, obwohl formell der Bundesrat als Ganzes die Verantwortung für alle Entscheide trug.

Die Parteien nach dem «grossen Erdbeben»

Die Bundesversammlung von 1921 war hervorgegangen aus dem «grossen Erdbeben» der eidgenössischen Wahlen von 1919. Der Übergang zum Proporzverfahren für die Bestellung des Nationalrates, das Auftauchen neuer Parteien und die ungewohnt hohe Stimmbeteiligung hatten die früheren Stärkeverhältnisse umgestürzt. Der Freisinn krebste in der Volkskammer von 105 auf 60 Mandate zurück und verlor dadurch die absolute Mehrheit. Die Katholisch-Konservativen behaupteten ihre Position (41 statt 42), während die Sozialdemokraten ihre Vertretung beinahe verdoppelten (41 statt 22). Neu tauchte – vorerst vor allem in den Kantonen Zürich, Bern und Aargau – die Bauern- und Bürgerpartei mit 29 Sitzen auf.

Aus allen Parteien waren dabei nicht nur «Hinterbänkler» auf der Strecke geblieben, sondern auch Prominente. Verschiedene Koryphäen hatten zudem freiwillig auf eine weitere Kandidatur verzichtet, so dass die Legislative zum Teil mit ihrer Aufgabe noch wenig vertraut war und – ähnlich wie die Exekutive – eine gewisse Anlaufzeit benötigte. Kriegsbedingte Finanznöte und wirtschaftliche Schwierigkeiten erforderten Massnahmen für den Augenblick und liessen wenig Musse, um Langfristiges und Grundlegendes ins Auge zu fassen oder gar bereits zu verwirklichen – es sei denn, man rechne dazu die Verfassungsinterpretation in einem Rekursentscheid, wonach reformierte Pfarrer genau so gut wie katholische Geistliche auf eine Wahl in den Nationalrat verzichten müssten. Auffallen mag, dass das Parlament in Einzelfragen geringes Selbstbewusstsein zeigte und es beispielsweise ablehnte, die (bisher vom Bundesrat bestimmten) Völkerbundsdelegierten selber zu bezeichnen; doch galt diese Absage wohl mehr den sozialdemokratischen Initianten als der Sache an sich.

Eine Konsequenz aus den Gewinnen der Linken von 1919 war es, dass man für das Jahr 1921 aus ihren Reihen das Berner Stadtoberhaupt Gustav Müller zum Vizepräsidenten und damit zum künftigen Vorsitzenden des Nationalrates erkor. Diese versöhnliche Geste so kurz nach dem Generalstreik kostete zwar auf bürgerlicher Seite Überwindung. Doch liess sich damit eine Absage an den extremen Flügel der Arbeiterpartei verbinden; denn Müller hatte seine Laufbahn beim Freisinn begonnen und stand als

Alt-Helveter und Oberstleutnant der Artillerie positiv zu Vaterland und Armee. Als er im Mai 1921 an den Folgen eines Unglücksfalles plötzlich starb, rückte der erst 1919 gewählte Zürcher Emil Klöti nach, dem nun die Ehre zufiel, als erster Sozialdemokrat die eidgenössische Volkskammer zu leiten.

Trotz ihrer äusseren Erfolge war die sozialdemokratische Partei starken inneren Richtungskämpfen ausgesetzt. Den Anschluss an die Dritte Kommunistische Internationale verwarf das Parteivolk in einer Urabstimmung vom Januar 1921 im Verhältnis 4:1, worauf sich ein Teil der Unterlegenen als Kommunistische Partei der Schweiz selbständig machte.

Im Gebäude des Freisinns waren bereits früher Risse entstanden. Er hatte ursprünglich als Volkspartei fortschrittsfreudige Bürger aus *allen* Schichten vereinigt. Gegen die Jahrhundertwende sprangen dann die Arbeiter ab, und nun behaupteten die Landwirte, sie kämen gegenüber Industrie und Konsumenten zu kurz. Deshalb organisierten sie von 1917 an in verschiedenen Gegenden eigene Parteien, die sich meist auf die eigentliche Agrarbevölkerung beschränkten. In Bern allerdings schloss sie sich (trotz recht unterschiedlicher Interessenlage) 1921 mit dem Gewerbe und den Resten der (protestantischen) konservativen Volkspartei zusammen zur bernischen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei. So errang sie fast vom Start weg eine dominierende Stellung im Kanton, ohne dass sie längere Zeit in der Opposition gestanden hätte, was ihren Geist auf Jahre hinaus formte.

Das Volk an der Urne: Militärjustiz und Staatsvertragsreferendum

Das Schweizervolk wurde 1921 zweimal an die Urne gerufen, um über insgesamt vier Änderungen der Bundesverfassung zu befinden. Dabei war der Entscheid vom 22. Mai mehr oder weniger eine Routineangelegenheit, die sich als Folge der technischen Entwicklung aufdrängte: Der Bund erhielt bei unterdurchschnittlicher Stimmbeteiligung mit deutlichem Mehr die Kompetenz, Vorschriften zur Regelung des Automobil- und Fahrradverkehrs sowie der Luftschiffahrt zu erlassen.

Gewichtiger waren die beiden Initiativen, die am 30. Januar zur Abstimmung gelangten. Das sozialistische Begehren auf Abschaffung der Militärjustiz wurde mancherorts als Anschlag gegen das Wehrwesen überhaupt empfunden und besass schon seiner Herkunft wegen kaum Chancen. Es unterlag denn auch mit rund 200000 Ja gegen rund 400000 Nein.

Mit rund 400000 Ja gegen bloss 160000 Nein schnitt dagegen der Vorschlag erstaunlich gut ab, Staatsverträge von längerer Dauer künftig dem fakultativen Referendum zu unterstellen. Diese Anregung ging zurück auf die Empörung im Welschland über den sogenannten Gotthardvertrag und

die angeblich damit verbundene Begünstigung des Deutschen Reiches beim Rückkauf der Gotthardbahn durch die Eidgenossenschaft. Die Unterschriften waren bereits vor dem Ersten Weltkrieg gesammelt worden, doch hatte man den Urnengang der internationalen Ereignisse wegen lange hinausgezögert. Nun brachte er dem Volke eine wichtige zusätzliche Befugnis, von der es jedoch erstaunlich selten Gebrauch machte. Einzig das Abkommen mit Frankreich über die Genfer Zollfreizonen – eine Angelegenheit, die bereits 1921 viel zu reden gab – wurde vorerst angefochten und 1923 abgelehnt, so dass sich die neue Waffe in diesem Falle zum Teil gerade gegen ihre geistigen Väter wandte.

Neben diesen beiden entschiedenen Initiativen waren noch fünf weiterpendent. So begutachteten National- und Ständerat 1921 zwei Begehren, die aus der gereizten Generalstreikstimmung heraus entstanden waren, nämlich die Ausländer- und die Schutzhaftinitiative. Sie verlangten – mit einer deutlichen Spitze gegen die Linke – Erschwerung der Einbürgerung von Ausländern, straffere Handhabung der Fremdenpolizei und scharfes Zugreifen gegen staatsgefährliche Personen auch schweizerischer Nationalität.

Gleichsam von der Gegenseite kamen 1921 die Volksbegehren der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz auf Erhebung einer einmaligen Vermögenssteuer, von Personalverbänden auf Wählbarkeit der Bundesbeamten in den Nationalrat und eines Komitees aus Konsumentenkreisen, welches verhindern wollte, dass Zolltarife künftig auf dem Dringlichkeitswege in Kraft gesetzt und dadurch dem Referendum entzogen würden. Alkoholgegner schliesslich postulierten die sogenannte Lokaloption, welche es Kantonen und Gemeinden freigestellt hätte, auf ihrem Gebiete Fabrikation und Verkauf gebrannter Wasser zu verbieten. Als blosser Versuchsballon erwies sich dagegen die Ankündigung, eine weitere Gruppe sammle Unterschriften zur Wieder-Abschaffung des Nationalrats-Proporz und zur Reprivatisierung von SBB und PTT.

Zwar verwarf der Souverän in der Folge alle diese Initiativen. Ihre Häufung zeugte jedoch davon, dass bei der herrschenden Unrast gewisse Minderheiten selbst nach der Einführung des Proporz ihre parlamentarische Vertretung für nicht angemessen und zu wenig wirksam hielten, so dass sie lieber direkt an das Volk appellierten. Oft führten sie dabei die Kämpfe von der Landesstreikfront mit anderen Mitteln weiter, so dass die Wunden der unbewältigten allerjüngsten Vergangenheit neu aufrissen statt zu vernarben.

Der Spiegel der Zahlen: Zeichen der Depression

Das Schweizervolk ist keine konstante Grösse, sondern es wandelt sich ständig. Den statistischen Nachweis dafür lieferten die Volkszählungs-

ergebnisse, die 1921 allmählich bekannt wurden. Sie wiesen nach, dass die Einwohnerschaft seit 1910 langsamer zugenommen hatte als früher. Um 1920 umfasste sie rund 3880000 Personen. Dabei hatten die meisten Städte nicht nur relativ, sondern auch absolut Einwohner verloren. Vor allem aber waren die Ausländer zwischen 1910 und 1920 von rund 550000 auf rund 400000 oder von 14,7 Prozent auf 10,4 Prozent der Gesamtbevölkerung zurückgegangen.

Auch in ganz anderen Bereichen sanken die Zahlen für 1921 ab: Nachdem die Teuerung sich bis in den Herbst 1920 verschärft hatte, schlugen nun die Preise ab, für Vollbrot zum Beispiel vom Januar bis Oktober 1921 um volle zehn Rappen (von 76,5 auf 66,5 Rappen) und der Kleinhandelsindex lag im Dezember 1921 um 7,1 Prozent unter dem Vorjahresstand. Dementsprechend wies die SUVA-Statistik über die Löhne verunfallter Arbeiter für 1921 nur noch einen durchschnittlichen Verdienst von 79 Rappen in der Stunde (1920: 87,3 Rappen) und von 7.50 Franken im Tag (1920: 8.11 Franken) aus. Hatten die Aktiengesellschaften 1920 im Durchschnitt noch 5,89 Prozent Dividende verteilt, so reichte es 1921 nur noch für 3,7 Prozent. In der Landwirtschaft schliesslich ergab sich sogar ein negativer buchhalterischer Ertragswert pro Hektare.

Die schweizerische Ausfuhr schrumpfte 1921 auf 2140 Millionen Franken oder 552 Franken pro Kopf (1920: 3277 Millionen Franken oder 845 Franken pro Kopf), die Einfuhr auf 2296 Millionen Franken oder 592 Franken (1920: 4243 Millionen Franken oder 1094 Franken pro Kopf). Die ungedeckte Bundesschuld belief sich auf 4400 Millionen Franken oder 1134 Franken pro Einwohner (1920: 1042 Franken), obwohl die Staatsrechnung für 1920 um 84 Millionen günstiger abgeschlossen hatte als budgetiert.

Nur vereinzelte Zweige konnten sich der Depression entziehen. So erreichten die Schweizer Brauereien 1921 einen Ausstoss von 1362000 Hektoliter (1920: 1068000). Höher als vorher war 1921 mit 66470 die Zahl der Arbeitssuchenden (1920: 17450) und der Konkurse. Es mussten sich 675 im Handelsregister eingetragene Firmen für zahlungsunfähig erklären (1918: 266), davon 91 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 25655000 Franken (1917: 18 Aktiengesellschaften mit 3080000 Franken).

Die Schwierigkeiten der schweizerischen Wirtschaft rührten zum guten Teil von der internationalen Marktlage her: Für die vom Krieg zerrütteten Währungen des Auslandes waren die Preise in harten Schweizer Franken zu hoch, so dass der Export stagnierte und die Produktion zu stocken begann. Im allgemeinen war man für die Abwehr der Krise schlecht gewappnet; denn Schlagworte wie die bäuerliche Losung vom «Kampf gegen die Überindustrialisierung» konnten kaum echte Besserung bringen. Eher liess sich einige Hilfe erhoffen vom neugeschaffenen eidgenössischen Arbeitsamt, das im Februar 1921 seine Tätigkeit aufnahm. Es war für den Schweizer

ein schwacher Trost, dass das übrige Europa meist noch schlechter dastand. Jedenfalls hätte zu Beginn des Jahrzehnts noch kaum jemand geglaubt, dass vor ihm die «goldenen zwanziger Jahre» lägen.

Zwischen Beharrung und Fortschritt

Den spektakulären Fortschritten der Technik gegenüber hatte das Schweizervolk noch keine einheitliche Haltung gefunden. Einesteils entstand 1921 eine «Genossenschaft für das Volkskino und für Schulkinematographie» und setzte die Post auf dem Grimselpass Kraftwagen statt der alten Pferdekutschen ein, andernteils verboten verschiedene Kantone Autofahrten entweder ganz oder – im Interesse der Spaziergänger – wenigstens an den Sonntagnachmittagen des Sommerhalbjahres. Als 1921 der erste Zeppelin über Bern erschien, erregte er freudiges Aufsehen; aber zur gleichen Zeit musste die «Aero Ad Astra»-Gesellschaft ihren Flugplatz bei der Bundesstadt wegen ungenügender Rendite schliessen.

Die übrigen Verkehrsmittel kamen 1921 nicht wegen technischen Belangen zu Schlagzeilen: Das Personal der Berner Oberland-Bahnen streikte infolge von Lohndifferenzen, bei der Bern-Lötschberg-Simplon-Bahn verschwand der Hauptkassier nach Unterschlagungen plötzlich, und die Dampfschiffahrt musste mancherorts ihren Betrieb einschränken, da die Seespiegel ungewohnt tief absanken.

Projekte für Stauseen zur Gewinnung von Elektrizität wurden zwar öfters bekämpft, doch entzündete sich der Widerstand gewöhnlich eher an Fragen der Wirtschaftlichkeit als des Naturschutzes. Dafür fand der Heimatschutz im engeren Sinne – als Verteidigung, Ergründung und Darstellung schweizerischer Eigenart und Folklore – besonders eifrige Förderer wie die beiden Berner Mundartforscher Emanuel Friedli und Otto von Greyerz. Tatsächlich galt es, die volkskundliche Forschung zu beschleunigen; denn bereits focht die Moderne Bräuche an, deren Popularität noch vor kurzem über alle Zweifel erhaben gewesen war. So musste das eidgenössische Schwing- und Älplerfest vom Juli 1921 in Bern die Publizität teilen mit der internationalen Sensation des Boxkampfes Dempsey-Carpentier, während andere Sportereignisse vom Rang eines Fussball-Länderspiels in den Zeitungen für heutige Begriffe erstaunlich wenig Raum beanspruchten.

Kunst und Kultur wachsen in der Eidgenossenschaft nicht in einem einzigen Zentrum, sondern in einer Vielzahl von Regionen und Ortschaften, und ihre Mannigfaltigkeit lässt sich nicht auf knappem Raum zusammenraffen. An die Stelle einer Skizze mag deshalb der Hinweis auf einige literarische und musikalische Ereignisse in Bern während des Jahres 1921 treten, wobei selbstverständlich aus anderen Städten ebenso Bedeutsames zu melden wäre: Ende Januar trug Thomas Mann im Grossratssaal aus eigener

Dichtung vor, Ende September sang Hanns Indergand Lieder zur Laute, und kurz darauf sprach Albert Schweitzer über seine Erlebnisse als Tropenarzt in Äquatorialafrika. Dem Vortrag folgte ein Orgelkonzert im Münster zugunsten des Urwaldspitals von Lambarene. Schliesslich ernannte die Universität Ende November an ihrem Dies academicus die beiden Komponisten Friedrich Klose und Fritz Brun zu Doktoren der Philosophie ehrenhalber. Selbst diese kleine Kostprobe lässt sich also nicht als Ganzes dem Stichwort «Weltweite» oder «Heimatverbundenheit» zuordnen; denn sie ist beiden zugleich verpflichtet.

*

Wir haben unseren Überblick über die Schweiz im Jahre 1921 mit Gedanken über das Verhältnis von Gegenwart und Vergangenheit eingeleitet und kehren zum Schluss dorthin zurück. Es fällt auf, wieviele Themen vor fünfzig Jahren diskutiert wurden, die heute noch nicht über das Stadium der Postulate, Entwürfe und Provisorien hinausgekommen sind: Fünfunddreissig Bündner Pfarrer unterstützten die Eingabe der «Frauenliga für Frieden und Freiheit», welche einen Zivildienst für Dienstverweigerer aus Gewissensgründen forderte; Vorträge erörterten die Gewinnbeteiligung der Arbeiter, die Psychologie der Jugendlichen und den Kampf gegen die Überfremdung; Frauenvereinigungen verlangten die politische Gleichberechtigung des schwachen Geschlechtes mit der Männerwelt, und Beamtenorganisationen protestierten gegen das Vorhaben, die Mieterschutzbestimmungen zu beseitigen. Die juristischen Fakultäten der Schweiz wollten am Druckzwang für Dissertationen festhalten, und die Schweizer Ärzte wandten sich in einer Urabstimmung gegen fast alle vorgeschlagenen Reformen im Entwurf für eine neue eidgenössische Maturitätsordnung.

Waren die Schweizer von 1921 so weitblickend, dass sie die Probleme von 1971 vorausahnten, oder hat sich unser Land während des letzten halben Jahrhunderts in mancher Beziehung nicht mehr weiter entwickelt? So wird die Geschichte zum Spiegel, der uns unsere eigene Fragwürdigkeit vorhält, wo wir vorerst meinten, wir hätten über Taten und Unterlassungen unserer Vorfahren oder unserer Jugendzeit zu urteilen.